

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
AKU (Arbeitskreis Umwelt) Gronau
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster

18. November 2014

Gronauer Uranmüll: Bundesregierung vollzieht Kehrtwende SZ: Abgereichertes Uran jetzt Atommüll statt „Wertstoff“

AtomkraftgegnerInnen: „Bundesregierung muss Uranmüllproduktion stoppen“

Die Bundesregierung akzeptiert nach einem heutigen Bericht der Süddeutschen Zeitung erstmals, dass abgereichertes Uran aus der Urananreicherung im westfälischen Gronau Atommüll ist und kein „Wertstoff“, wie bislang behauptet. Zugleich will sie offensichtlich die Sicherheitsstandards für die langfristige Entsorgung des Gronauer Uranmülls drastisch absenken. Bislang war stets ausgeschlossen worden, dass abgereichertes Uran aus wasserrechtlichen Gründen mit anderem schwach- und mittelradioaktivem Atommüll zusammen „end“-gelagert werden könne. Dies sei nun aber laut SZ nicht mehr ausgeschlossen.

„Die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage in Gronau, die Urenco, sowie die Bundes- und die NRW-Landesregierung haben jahrelang unisono behauptet, dass der abgereicherte Uranabfall aus der Urananreicherung in Gronau eines Tages als „Wertstoff“ kommerziell wiederverwendet werden könne. Doch dies geschieht weltweit nirgendwo und war schon immer eine Schutzbehauptung, um sich die teuren Entsorgungskosten zu sparen. Dieses juristische Fantasie-Konstrukt ist nun endlich in sich zusammengebrochen,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland fordern von der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung nun eine völlige Neubewertung der Atommüllentsorgung in Gronau: „Als erstes darf die im Sommer fertiggestellte Lagerhalle für 60 000 Tonnen Uranmüll in Gronau nicht in Betrieb gehen, weil dieses zeitlich unbefristet den Uranmüll aufnehmen soll – wir befürchten, dass auf diesem Wege ein oberirdisches Atommüllendlager in Gronau entsteht. Zweitens darf das Problem nicht einfach anderen Standorten wie dem Schacht Konrad aufgehalst werden, denn auch dort ist eine sichere Entsorgung nicht gewährleistet. Deshalb erwarten wir drittens, dass die Uranmüllproduktion in Gronau sofort eingestellt wird. Das bedeutet, dass die NRW-Landesregierung endlich den eigenen Koalitionsvertrag umsetzt und die Urananreicherung in Gronau beendet,“ forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Mitglied im lokalen Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Zum Hintergrund: Urenco betreibt Urananreicherungsanlagen in Gronau, Almelo/Niederlande, Capenhurst/Großbritannien sowie Eunice/USA. Allein in Gronau reichert Urenco Uran zur Brennelementefertigung für jedes zehnte AKW weltweit an. Dabei fallen jährlich rund 6000-7000 Tonnen abgereichertes Uran als Atommüll an. 2015 soll in Gronau Deutschlands erstes zeitlich unbefristetes und oberirdisches Uranmülllager für 60 000 Tonnen Uranoxid in Betrieb gehen, ohne dass es eine sichere

Entsorgungsmöglichkeit gibt. Zur Zeit lagern in Gronau nach Angaben der Bundesregierung rund 13 000 Tonnen abgereichertes Uran unter freiem Himmel, weitere 13 000 Tonnen befinden sich in Südfrankreich zur Umwandlung in Uranoxid. Von 1995-2009 wurden 27 000 Tonnen Uranmüll aus Gronau trotz internationaler Proteste zur Endlagerung nach Russland exportiert.

Weil die Urananreicherung bislang vom Atomausstieg in Deutschland ausgenommen ist, darf Urenco trotz Atomausstieg zeitlich unbefristet produzieren.

Die Urenco gehört zu gleichen Teilen dem britischen und niederländischen Staat sowie RWE und E.on auf deutscher Seite. Die jetzigen Eigentümer möchten den Urananreicherer Urenco derzeit verkaufen.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de